

### Die Wirtschaft der Zentralen.

Die aus beiden Häusern des Reichsrates beschickte gemeinsame Kriegswirtschaftliche Kommission hat heute nach längerer Pause ihre Beratungen wieder aufgenommen und hat die Untersuchung über die Viehverwertung fortgesetzt. In der Verhandlung kam fast übereinstimmend die Klage über den Mangel eines Wirtschaftsplanes zum Ausdruck. Namens der Christlichsozialen Vereinigung legte Abgeordneter Dr. Jergabel gegen die Verteuerer des Fleisches und gegen die Absichten, dieses zu verschleppen, Protest ein. Die Beratung nahm folgenden Verlauf:

Heute setzte die Gemeinsame Kriegswirtschaftliche Kommission die Beratung über die Fragen der Viehaufbringung und Viehverwertung fort.

Herrnhäusmitglied Graf Hardegg zieht aus der Debatte den Schluß, daß die von der Regierung in Anwendung gebrachte Organisation eine unzureichende sei und daß der Mangel an staatlichem, zur Verfügung gestelltem Kapital nach jeder Richtung sich fühlbar mache. Außerordentlich große Verluste an verschiedenen Nahrungsmittelvorräten waren die Folge der Mängel der Organisation. Um Fonds zu schaffen, wurde die Ware verteuert. Er stellt ferner betreffend Viehverwertung und Vieherhaltung an die Regierung mehrere Fragen.

Sofrat Edler v. Rabich antwortet, es sei angeordnet worden, bei der Viehaufbringung Milchlähe und Zugochsen auf das Möglichste zu schonen. Der Höchstpreis für die heute allerdings eigentlich nicht mehr vorhandene Primaqualität sei 4 Kronen per Rilo Lebendgewicht. Er bespricht dann die Einteilung der Viehgattungen in drei Klassen und meint, die Spannung zwischen den Vieh- und Fleischpreisen war schon im Frieden zu hoch und sei unter den gegenwärtigen Verhältnissen noch viel größer geworden wegen des Mangels einer Organisation der Fleischverarbeitung, ferner weil die Fleischhauer heute bei den Häuten draufzahlen (!), schließlich deshalb, weil sich infolge der schlechten Transportverhältnisse ein großer Gewichtsverlust des Viehs während des Transports nicht vermeiden lasse. Für Wien sind Bestrebungen im Zuge, um eine Organisation zu schaffen, welche die Schlachtung aller nach Wien gelangenden Schlachtiere zentral besorgen und das Fleisch an die einzelnen Fleischhauer und Gasigewerbetreibenden verteilen soll. Diese Organisation könnte auch eine Ausgleichung der Preise ermöglichen. Die Aufstellung eines Viehreduktionsplanes hält er praktisch für undurchführbar. Das Vieh, das infolge der Futtermittel wird geschlachtet werden müssen, werde konzentriert werden, teils durch Füttern und Mädhern, teils durch Trocknung und durch Erzeugung von Dauerwurst. Er erörtert ferner die Beaufsichtigung des Viehkaufes und kindigt schließlich die Novellierung der Verordnung über die Festsetzung der Höchstpreise für Schweine an.

Herrnhäusmitglied Graf Hardegg ist mit der Antwort nicht zufrieden und lenkt die Aufmerksamkeit darauf, daß viel Fleisch, das zu sehr hohen Preisen in den Städten verkauft werde, vom Weinlieb stammt, für das ein Preis von 1 Krone 80 Heller nicht überschritten werden dürfe.

Abg. Rabicat (Tscheche) wirft den Zentralen vor, daß sie die Bevölkerung drangsalieren. In Mähren herrsche trotz der großen abgenadelten Viehmengen schreckliche Fleischnot und verlangt die Beseitigung der Zentralen, beanstandet die unverbhältnismäßig hohen Einkommen einzelner Kommissionäre und fordert einen Ausgleich zwischen unseren und den ungarischen Viehpreisen.

Abg. Jarc (Südl.) fordert gleich Graf Hardegg die Aufstellung eines Wirtschaftsplanes für die Viehzucht und verlangt die Verwendung des ganzen Reinertrages der Viehverwertungsgesellschaft für Amede der Landwirtschaft, wobei über die Art der Verwendung die Landtage entscheiden sollen. Die Zentralen seien abzuschaffen.

#### Die Fleischverteuerer und Verschlepper.

In der Nachmittagsitzung führte Abg. Dr. Jergabel (Christl.) aus, das Urteil über die Zentrale Viehverwertung unterscheide sich wesentlich von der ungeteilten Anerkennung, die den Zentralen in der Generaldebatte zuteil wurde. Gegenüber dem Abg. Jarc stellt er fest, daß bei den Offiziersmessen, namentlich im Hinterlande, dieselbe Knappheit herrsche, wie bei der übrigen Bevölkerung. Zu Beginn des Krieges habe eine Viehverwertung namentlich in Galizien und Südtirol stattgefunden. Bei der Viehaufbringung haben die Bezirksbehörden versagt, weil gewöhnlich ein unerfahrener Beamter betraut wurde. Was die Spannung zwischen Vieh- und Fleischpreisen anlangt, sei — abgesehen von der durch die heute bestehende Art des Viehtransportes bedingten Verringerung der Fleischergiebigkeit der Schlachttiere — die Hauptschuld an der Verteuerung des Fleisches die Tätigkeit der Viehkommissionäre, nicht nur der österreicherischen, sondern auch der ungarischen. Dabei habe man durch die Presse der Bevölkerung eingeredet gesucht, daß der Wucher der Landwirte an der Verteuerung des Fleisches schuld sei. Die Regierung habe sich nie die Mühe genommen, die Landwirte gegen den unberechtigten Vorwurf des Wuchers in Schutz zu nehmen. Es sei berechtigt, daß einzelne Landwirte, namentlich in den Alpenländern, mehr Vieh behalten wollen, um es mit den ihnen zu Gebote stehenden Futtermitteln zu überwintern und es im Frühjahr auf den Alpen weiter zu füttern. Dies wäre angesichts der allgemeinen Lage nur ein lobenswertes Beginnen. Redner fragte, was mit dem zu Dauerware verarbeiteten Fleisch geschehen sei. Er verweist darauf, daß in Wien im Konsum der Zivilbevölkerung Schmalz, Schweinefleisch, Schinken im Konsum fehlte. Es sei zu befürchten, daß dieses zu Dauerware verarbeitete Fleisch verschleppt werde.

Sofrat Dr. Edler v. Rabich erwidert, daß zu Beginn des Krieges der freie Handel die Viehpreise zum Nachteil der Produzenten und Konsumenten in die Höhe trieb, wobei der ganze Gewinn in den Händen dieses freien Handels blieb. Die von den Abg. Dr. Jergabel und Jarc über unrationelle Wirtschaft mit Vieh zu Beginn des Krieges vorgebrachten Beschwerden seien nicht unbegründet. Das Ackerbauministerium habe dagegen mit aller Energie angekämpft. Die vom Abg. Dr. Jergabel aufgestellte Behauptung, daß durch Viehkommissionäre eine Verteuerung des Fleisches herbeigeführt werde, treffe nicht zu. Diese Viehkommissionäre haben gegenwärtig absolut keine Gelegenheit, sich zu betätigen, da das Vieh, das länderweise aufgebracht wird, auf dem Wiener Markt von der Allgemeinen Viehverwertungsgesellschaft übernommen und gegen eine geringe Provision von 3 Kronen 50 Heller per Stück Vieh an die Fleischhauer aufzuteilt werde. Wegen der Überwinterung von Vieh in den Alpenländern habe das Ackerbauministerium selbstverständlich nichts einzuwenden, allerdings bestehe in einzelnen Gebieten die Tendenz, im Verhältnisse zum vorhandenen Futter zu viel Vieh zu überwintern. Wenn Abg. Dr. Jergabel sich über den Mangel an Schmalz, Schweinefleisch, Schinken im Konsum beklagte, sei die Ursache in dem Rückgange des Schweinebestandes in Oesterreich gelegen, der sich gegen das Jahr 1910 um 54% verringerte.

Abg. Dr. Wisjowski (Tscheche) bebricht die Verhältnisse in Böhmen und polemisiert gegen die Rede des Altes Dr. Selmer im Herrenhause.

Abg. Freiherr v. Panz (D. Zentrum) erklärt das gegenwärtige System für unhaltbar und bezeichnet die Viehwirtschaft durch die Armee als einen Raubbau. Durch die zentrale Schlachtung würde die Armee jährlich ungefähr 80.000 Meterzentner Fleisch ersparen. Sodann kritisiert er eingehend die Gebarung der Viehverwertungsgesellschaft.

#### Eine Erklärung des Ackerbauministers.

Ackerbauminister Graf Silva-Tarouca erinnert daran, daß er sich schon seinerzeit darüber klar war, daß der Regierung für die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln nicht allein die Verantwortung überlassen werden dürfe. Er habe sich deshalb mit allen Mitteln eingesetzt, daß Oesterreich wieder zu parlamentarischen Zuständen gelange. (Zustimmung.) Wenn damals das Parlament getagt hätte, wären viele Maßnahmen praktischer getroffen worden. Jedenfalls wären aber die Abgeordneten heute nicht in der für sie geeigneten Situation, nur die Kriegszentren und die Regierung verantwortlich zu machen. Die Regierung sei bereit, mit den Mitgliedern der Kommission zusammenzuarbeiten und dahin zu wirken, um zu verbessern, was noch zu verbessern ist. Die Regierung werde, wenn in der Kommission oder im Abgeordnetenhaus konkrete Klagen vorgebracht werden, alle Mißstände, deren Richtigkeit erwiesen werde, auf das strengste ahnden. Was den Wunsch nach Abbau des monopolistischen Systems und Zulassung von Viehmärkten für Zuchtvieh betreffe, so sei diesbezüglich an die Landesstellen bereits ein Erlass ergangen. (Zustimmung.) Die meisten vorgebrachten Wünsche betreffend Gegenstände, denen vom Ackerbauministerium wärmstes Interesse und rege Fürsorge gewidmet werde. Dies gelte besonders von der Erhaltung des Viehstapels. Dem Wunsche, die Bilanz aller mit der Kriegswirtschaftlichen Erfassung und Verteilung der Viehbestände befaßenden Institute der Kommission zur Verfügung zu stellen, werde entsprochen werden. Der Minister ersucht schließlich, der Regierung soviel Vertrauen zu schenken, daß sie ihre Pflicht jederzeit erfüllen werde. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Goll (D. Agrarpartei) bringt die Beschwerden über die Tätigkeit der Kommissionäre vor, ferner über Mängel in der Disposition mit Vieh, die mit Verlusten an Qualität und Gewicht des Viehs verbunden seien. Der Mangel an Milch in den großen Städten sei zum großen Teil auf Einstellung des Betriebes der Bierbrauereien und Spiritusbrennereien zurückzuführen, da die Molkereien die Abfallprodukte dieser Industrie verfütterten.

Nächste Sitzung Mittwoch den 14. d. 10 Uhr vormittags.